

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 002.12 / 04.01.2012

Grüne fordern mehr Einsatz für die Pflege

Zu den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zum Mangel an Fachkräften in der Altenpflege sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

Jetzt haben wir es Schwarz auf Weiß: Der Personalmangel in der Altenpflege erfordert dringendes Handeln in Schleswig-Holstein.

Schon zu Anfang der Legislatur hatten die Grünen die Landesregierung zu einer Bestandsaufnahme und Anpassung der Ausbildungsplätze an den absehbaren Bedarf aufgefordert. Zum damaligen Zeitpunkt erwiderte die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen (Drs. 17/317), dass sie nach einer noch nicht abgeschlossenen Bedarfsrechnung davon ausgehe, dass sich ab 2012 ein zusätzlicher Bedarf von 460 Stellen in der Altenpflege bei 450 AbsolventInnen abzeichne.

Jetzt weist die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit auf "dringenden Handlungsbedarf" hin. Auf 100 offene Stellen gebe es jetzt schon nur 70 Bewerbungen. Bis 2020 würden 11.000 zusätzliche Altenpflegekräfte gebraucht. Das ist mehr als doppelt so viel wie die Landesregierung errechnet hatte.

Auch wenn die Landesregierung darauf hinweist, dass sie die Anzahl der vom Land geförderten Schulplätze um 30 erhöht hat - was von allen Fraktionen begrüßt worden ist - hat sie entweder den Bedarf völlig falsch eingeschätzt oder nicht ausreichend gehandelt. Beides ist fatal.

Ich halte es für richtig, dass für junge Menschen das Medizinstudium kostenlos ist. Völlig unverständlich ist für mich, dass diejenigen, die eine Ausbildung in der Altenpflege anstreben und keinen vom Land geförderten Schulplatz bekommen, jeden Monat selbst 300 Euro Schulgeld zahlen müssen. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Wir haben aktuell 80.000 Pflegebedürftige, in fünf Jahren werden es 90.000 sein und im Jahr 2020 müssen wir von 100.000 Pflegebedürftigen ausgehen - es ist höchste Eisenbahn für gezielte Maßnahmen, damit nicht der Pflegenotstand ausbricht.

Wir fordern die Regierungsparteien aus CDU und FDP auf, unserem aktuellen Antrag (Drs. 17/1963, Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege) zuzustimmen. Hierin fordern wir eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Pflege unter anderem eine Ausbildungsumlage für die Altenpflege. Was sich bei der Krankenpflege bewährt hat, wird sich aus Sicht der Grünen auch bei der Altenpflege bewähren.
